84. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Samtgemeinde Bersenbrück

Vorschlag zur Abwägung der Anregungen und Bedenken aus der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung (§§ 3/4 BauGB)

Vorbemerkung:

Berücksichtigt wurden alle abwägungsrelevanten Stellungnahmen nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB sowie alle abwägungsrelevanten Äußerungen nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB, die nicht in den Planentwurf eingeflossen oder durch eine Stellungnahme des gleichen Eingabers im Rahmen der Beteiligung nach § 3 Abs. 2 oder § 4 Abs. 2 BauGB gegenstandslos geworden sind.

Eingabe:

Rat der Samtgemeinde Bersenbrück:

Landkreis Osnabrück vom 25.08.2023:

Regional- und Bauleitplanung

Aus Sicht der Regionalplanung bestehen keine Bedenken gegen die beabsichtigte Änderung des Flächennutzungsplanes.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Ich gehe davon aus, dass mit der nun erfolgten nachrichtlichen Übernahme des geplanten 380-kV-Höchstspannungserdkabels der Amprion (inkl. Schutzstreifen) in den Planentwurf dem raumordnerischen Ziel Abschnitt 4.2.2 Ziffer 08 sowie den Anforderungen der Amprion als Übertragungsnetzbetreiber entsprechen.

Die Belange der geplanten 380-kV-Höchstspannungsleitung wurden innerhalb des vorliegenden Planverfahrens angemessen und hinreichend berücksichtigt. Der geplante Leitungsverlauf der Erdverkabelung inkl. Schutzstreifen wurde innerhalb des Änderungsbereichs nachrichtlich dargestellt. In den Planunterlagen wird mehrfach darauf hingewiesen, dass die Leitung sowie die zugehörigen Schutzstreifen nicht überbaut oder mit tiefwurzelnden Gehölzen bepflanzt werden dürfen und dass bei geplanten Baumaßnahmen im Bereich der Leitung rechtzeitig Abstimmungen mit der Amprion GmbH zu führen sind.

Die Amprion GmbH wurde ferner als Träger öffentlicher Belange beteiligt; den geplanten Maßnahmen zum Schutz der Leitung wurden von dort zugestimmt und grundsätzliche Bedenken wurden nicht vorgebracht.

Aus Sicht der Bauleitplanung bestehen folgende Bedenken:

In der Begründung auf Seite 10 wird beschrieben, dass im Rahmen der vorliegenden Planung insbesondere Immissionen durch Verkehrs- und Gewerbelärm sowie Gerüche aus der Landwirtschaft zu berücksichtigen sind.

Im Flächennutzungsplan (FNP) werden durch eine textliche Darstellung Nutzungseinschränkungen für die Bereiche getroffen, in denen der Geruchsmissionswert von 0,15 für landwirtschaftliche Gerüche überschritten wird. Die betroffenen Flächen werden in der Planzeichnung gekennzeichnet.

Damit werden im Rahmen der vorliegenden FNP-Änderung die Umweltbelange angemessen berücksichtigt. Ein weitergehender Regelungsbedarf ergibt sich für die vorlie-

Im Rahmen des parallel in Aufstellung befind-

lichen Bebauungsplans Nr. 60 der Gemeinde Ankum wurde ein Geruchsgutachten in Auftrag gegeben. Das Ergebnis zeigt, dass die zulässigen Immissionswerte in manchen Teilbereichen teilweise deutlich überschritten werden.

Aus Sicht der Bauleitplanung wird daher der Ausschluss von Wohnungen und Unternehmen der Textil- und Lebensmittelbranche oder vergleichbaren geruchssensiblen Nutzungen in den Bereichen, in denen der Geruchsimmisionswert 0,15 überschreitet, ausdrücklich begrüßt.

Auf Seite 1 der Begründung wird beschrieben, dass der räumliche Geltungsbereich der 84. Änderung des FNPs aus drei unterschiedlichen Teilflächen besteht. Die Teilbereiche Nord und Süd sowie der Teilbereich des B-Plans Nr. 60 der Gemeinde Ankum. Dem Umweltbericht zur 84. Änderung des FNPs ist zu entnehmen, dass dieser nur für die Teilbereiche Nord und Süd gilt. Für den Teilbereich des Bebauungsplanes ist der Umweltbericht des Bebauungsplanes Nr. 60 als gesonderter Textteil angefügt. Die Teilbereiche sind jedoch auf der Planzeichnung nicht gekennzeichnet, die Planzeichnung stellt lediglich einen einzigen Änderungsbereich dar. Eine Übersicht der Teilbereiche wird erst auf Seite 8 der Begründung dargestellt.

Um Missverständnissen vorzubeugen, sollte die Übersicht der Teilbereiche direkt am Anfang der Begründung in Kapitel 1 dargestellt oder in der Planzeichnung ergänzt werden.

Untere Denkmalschutzbehörde

Aus Sicht der Baudenkmalpflege bestehen gegen die 84. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Bersenbrück, Mitgliedsgemeinde Ankum keine Bedenken.

Auf das Baudenkmal Kruzifix, Walsumer Straße 9a/b wird auf der Planzeichnung hingewiesen.

Seitens der Archäologischen Denkmalpflege der Stadt und des Landkreises Osnabrück bestehen gegen die Planänderung folgende Bedenken:

(vermerkt unter den nachrichtlichen Übernahmen auf der Planzeichnung)

Das Plangebiet liegt nur wenig nördlich von

gende FNP-Änderung nicht.

Weitergehende oder ergänzende Festsetzungen kann die für den parallel aufgestellten B-Plan Nr. 60 zuständige Gemeinde Ankum durch entsprechende Festsetzungen im B-Plan treffen.

Die Feststellung wird zur Kenntnis genommen.

Die genannten drei Teilflächen des Änderungsbereichs der vorliegenden 84. Änd. des FNPs werden auf den Karten in der Begründung und im Umweltbericht nachvollziehbar dargestellt.

[Die Anregung wird dahingehend aufgegriffen, dass auf Seite 1 der Begründung ein Hinweis auf die Karte in Kapitel 4.1 \(Seite 8\) eingefügt wird.](#)

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Wie die untere Denkmalschutzbehörde richtig

Wittekindsburg und Schultenhof Rüssel. Letzterer wurde 977 erstmals urkundlich erwähnt. Der westliche Bereich des Plangebietes („Kamp“) ist außerdem mit Plaggeneschen (mittelalterliche bis frühneuzeitliche Auftragsböden zur Bodenverbesserung) bedeckt. Darunter können bislang unbekannte archäologische Fundstellen - ggf. frühmittelalterliche Siedlungsstellen, die im Zusammenhang mit dem Schultenhof stehen - erhalten sein, die bei den anstehenden Erdarbeiten unerkannt zerstört werden. Die Stadt- und Kreisarchäologie Osnabrück muss daher rechtzeitig vor dem Beginn der Erschließungsarbeiten informiert werden, um diese ggf. archäologisch begleiten zu können. Dabei angetroffene archäologische Fundstellen müssen vollständig ausgegraben und dokumentiert werden.

Ich weise darauf hin, dass die dabei entstehenden Kosten (für Material-, Maschinen- und Personaleinsatz) nicht von der Archäologischen Denkmalpflege übernommen werden, sondern vom Planungs-/Vorhabenträger als Verursacher zu tragen sind (§ 6 (3) Nieders. Denkmalschutzgesetz).

Auf die grundsätzliche gesetzliche Melde- und Sicherungspflicht von archäologischen Bodenfunden wird auf der Planzeichnung hingewiesen.

Landwirtschaftlicher Immissionsschutz

Für die par. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 60 „Walsumer Straße“ wurde ein Immissionsschutzgutachten erstellt. Ergebnis dieses Gutachtens war, dass in Teilbereichen Werte über 10 % bzw. 15 % der Jahresgeruchsstundenhäufigkeiten erreicht werden. Für den Bereich, der als Dorfgebiet ausgewiesen werden soll, werden bis auf den nördlichen Bereich, die zulässigen 15 % Jahresgeruchsstundenhäufigkeiten eingehalten. Im nördlichen Bereich, in dem sich auch noch Tierhaltung befindet, werden deutlich höhere Werte ausgewiesen - bis zu 52 % Jahresgeruchsstundenhäufigkeiten. Dementsprechend kann in den Bereichen, die über 15 % Jahresgeruchsstundenhäufigkeiten liegen, derzeit keine neue Wohnbebauung zugelassen werden.

In den textlichen Darstellungen der Planzeichnung werden diese Bereiche, die über dem Immissionswert von 15 % liegen, für Wohnungen und bestimmte Unternehmen vorerst ausgeschlossen. In der Begründung

aufzeigt, ist der zitierte Passus den nachrichtlichen Übernahmen der Planzeichnung zur vorliegenden FNP-Änderung entnommen. Dadurch wird deutlich, dass die Belange der archäologischen Denkmalpflege angemessen beachtet wurden. Es wird klar herausgestellt, dass die Stadt- und Kreisarchäologie Osnabrück **rechtzeitig vor dem Beginn** von Erschließungsarbeiten informiert werden muss, um diese ggf. archäologisch begleiten zu können.

Ein weitergehender Regelungsbedarf ergibt sich diesbezüglich für die vorliegende Bauleitplanung nicht.

Die weiteren Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Im Flächennutzungsplan (FNP) werden durch eine textliche Darstellung Nutzungseinschränkungen für die Bereiche getroffen, in denen der Geruchsimmissionswert von 0,15 für landwirtschaftliche Gerüche überschritten wird. Die betroffenen Flächen werden in der Planzeichnung gekennzeichnet.

Damit werden im Rahmen der vorliegenden FNP-Änderung die Umweltbelange angemessen berücksichtigt. Ein weitergehender Regelungsbedarf ergibt sich für die vorliegende FNP-Änderung nicht. Weitergehende oder ergänzende Festsetzungen kann die für den parallel aufgestellten B-Plan Nr. 60 zuständige Gemeinde Ankum durch entsprechende Festsetzungen im B-Plan treffen.

Die weiteren Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

vom 21.07.23 in Kapitel 4.5 auf Seite 16 wird dieses ebenfalls ausgeführt.
Diesen Ausführungen kann gefolgt werden.

Die Abwägungen und auch die Aufnahme von Beschränkungen bzw. Hinweisen auf die Geruchsmissionen in die textlichen Festsetzungen sind nachvollziehbar, dennoch weise ich darauf hin, dass die Bereiche der Bauleitplanung z. T. näher an die landwirtschaftlichen Betriebe heranrücken und damit deren Entwicklungsmöglichkeiten beeinträchtigen können.

Aufgrund der getroffenen Nutzungseinschränkungen in den Bereichen, in denen der Immissionswert von 0,15 überschritten wird, sind erhebliche Entwicklungseinschränkungen für die emittierenden landwirtschaftlichen Betriebe nicht zu erwarten. Ferner wurden weder von den tierhaltenden landwirtschaftlichen Betrieben noch von der Landwirtschaftskammer Niedersachsen grundsätzliche Bedenken gegen die vorliegende FNP-Änderung vorgebracht. Ein weitergehender diesbezüglicher Regelungsbedarf ergibt sich daher für die vorliegende FNP-Änderung nicht.

Untere Wasserbehörde

Stellungnahme „Entwässerung“

Gegen den vorgelegten F-Plan bestehen aus Sicht der Niederschlagsentwässerung keine grundsätzlichen Bedenken.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Gemäß der Abflusshierarchie aus dem Wasserhaushaltsgesetz, ist die Versickerung von Oberflächenwasser der Ableitung vorzuziehen. Es wurde diesbezüglich eine wasserrechtliche Voruntersuchung durchgeführt.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

In der bestehenden Siedlung findet bereits eine dezentrale Versickerung von Niederschlagswasser auf den einzelnen Grundstücken statt. Für die neu hinzukommenden Baugrundstücke des Dorfgebietes soll dieses Vorgehen beibehalten werden. Dieses wird von uns begrüßt.

Die Feststellungen werden zur Kenntnis genommen.

Die schadlose Beseitigung des Niederschlagswassers auf den privaten Wohngrundstücken, solange dies über dezentrale Maßnahmen (Sickermulden, Mulde Rigole etc.) erfolgt, fällt unter den Gemeingebrauch und bedarf keiner Erlaubnis durch die Untere Wasserbehörde des Landkreises Osnabrück. Grundsätzlich sind die Versickerungsanlagen jedoch entsprechend der DWA A 138 zu dimensionieren und zu betreiben.

Die Flächen des geplanten Mischgebietes weisen laut wasserrechtlicher Voruntersuchung eine mangelnde Durchlässigkeit des anstehenden Bodens auf, sodass eine dezentrale Niederschlagsversickerung hier nicht möglich ist. Das anfallende Niederschlagswasser soll über eine Regenkanalisation ge-

Die Feststellungen werden zur Kenntnis genommen.

sammelt in ein Regenrückhaltebecken abgeleitet werden.

Für das geplante Regenrückhaltebecken ist im Zuge der wassertechnischen Voruntersuchung ein hydraulischer und stofflicher Nachweis über die schadlose Ableitung des Oberflächenwassers erbracht worden. Die angewendeten Dateien sind jedoch mittlerweile veraltet. Es ist eine neue Bemessung mit den aktuellen KOSTRA-Daten und folgenden Parametern vorzunehmen.

- Sofern eine Versickerung möglich ist, wird ein Nachweis der vorgesehenen Entwässerung gemäß DWA 138 i.V.m. M 153 erforderlich (Bemessungsgrundlage einer Versickerungsanlage ist mind. das 10-jährliche Ereignis).
- Sofern nachweislich keine Versickerung vor Ort möglich ist, so wird ein Nachweis der vorgesehenen Entwässerung gemäß DWA A 117 i.V.m. A 102-2 erforderlich (Bemessungsgrundlage einer möglichst zentralen Rückhalteanlage ist mind. das 10-jährliche Ereignis).
- Nachweis der Notentlastung der jew. vorgesehenen Entwässerungseinrichtung (Grundlage ist das Bemessungsereignis).
- Nachweis über den Schutz der unterhalb liegenden Flächen im Falle der Notentlastung.
- Darstellung der Notwasserwege innerhalb des Baugebiets bei Starkregenereignissen.

Für die Herstellung eines Regenrückhaltebeckens bedarf es einer Plangenehmigung gem. § 8 WHG. Ein Antrag ist entsprechend des Merkblattes (zu finden unter www.lkos.de Suchbegriff: „Gewässerausbau“) aufzustellen und digital per Mail (nwg57@lkos.de) der Unteren Wasserbehörde des Landkreises Osnabrück (Am Schölerberg 1, 49082 Osnabrück) zur Prüfung vorzulegen.

Eine abschließende Stellungnahme kann erst nach Vorlage entsprechender Unterlagen erfolgen.

Stellungnahme „Abwasser“

Es bestehen keine grundsätzlichen Bedenken, wenn die Erschließungsplanung mit der

Auch für die vorliegende FNP-Änderung sowie für den parallel aufgestellten B-Plan Nr. 60 der Gemeinde Ankum soll grundsätzlich die schadlose Ableitung des Oberflächenwassers unter Beachtung der geltenden Gesetze, Verwaltungsvorschriften sowie der allgemein anerkannten Regeln der Technik nachgewiesen werden.

Die Anregungen der Unteren Wasserbehörde wurden aufgegriffen und das Ingenieurbüro Westerhaus wurde darum gebeten, die bisherigen Berechnungen der Wassertechnischen Voruntersuchung entsprechend der heute geltenden Anforderungen zu aktualisieren. Die Ergebnisse dieser aktualisierten Berechnungen wurden in einem Kurzbericht¹ dargelegt.

Die Ergebnisse der Neuberechnung zeigen, dass auch weiterhin eine schadlose Ableitung des Oberflächenwassers innerhalb des Änderungsbereichs möglich ist, ohne z. B. in den Schutzbereich der geplanten erdverlegten 380-kV-Höchstspannungsleitung eingreifen zu müssen.

Der Kurzbericht zur Aktualisierung der bisherigen Wassertechnischen Voruntersuchung zum B-Plan Nr. 60 wird Anlage des Umweltberichts zur vorliegenden FNP-Änderung.

Details zu den konkreten wasserwirtschaftlichen Maßnahmen werden in den nachfolgenden wasserrechtlichen Verfahren geregelt. Ein weitergehender Regelungsbedarf ergibt sich diesbezüglich für die vorliegende FNP-Änderung nicht.

Die weiteren Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

¹ Ing.-Büro Westerhaus: „Hydraulischer Nachweis, Regenrückhaltung gem. DWA-A 117 (einfaches Verfahren), Projekt: B-Plan Nr. 60, Wehberger Str., 15.09.2023

Unteren Wasserbehörde abgestimmt wird.

Hinweis:

Im geplanten Gebiet erfolgt die Abwasserbeseitigung auf 5 Grundstücken über Kleinkläranlagen, die nicht mehr dem Stand der Technik entsprechen und deren Bestandsschutz abgelaufen ist. Diese Grundstücke sind im Zuge der Erweiterung des Dorfgebietes mit an die öffentliche Kanalisation anzuschließen.

Die Abwasserbeseitigung soll grundsätzlich gemäß den gesetzlichen Vorgaben und technischen Richtlinien erfolgen.

Die Schmutzwasserentsorgung kann nach Angaben des Wasserverbandes Bersenbrück über die vorhandenen Kanäle westlich und nördlich vom Änderungsbereich, eventuell als Druckentwässerung, erfolgen.

Ein weitergehender Regelungsbedarf ergibt sich diesbezüglich für die vorliegende FNP-Änderung nicht.

Untere Naturschutz- und Waldbehörde

Gegen die geplante 84. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Bersenbrück bestehen aus naturschutzfachlicher sowie waldbehördlicher Sicht keine grundsätzlichen Bedenken.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Das Ziel des Gesetzgebers in Gestalt des § 1 (5) BNatSchG ist, das eine erneute Inanspruchnahme bereits bebauter Flächen sowie die Bebauung unbebauter Flächen im geplanten und unbeplanten Innenbereich, soweit sie nicht für Grünflächen vorgesehen sind, Vorrang vor der Inanspruchnahme von Freiflächen im Außenbereich hat.

Darüber hinaus hat der Niedersächsische Gesetzgeber im Rahmen des sog. „Niedersächsischen Weges“ das Thema „Reduktion von Flächeninanspruchnahme“ als politisches und gesellschaftliches Ziel erhoben. In § 1a NNatSchG ist nunmehr verankert, dass bis zum Jahr 2030 die Flächenversiegelung in Niedersachsen auf unter 3 ha pro Tag reduziert werden soll. Diese Zahl ist zwar nicht auf die kommunale Ebene heruntergebrochen, aber in ihr drückt sich das o. g. Ziel nach einer deutlichen Reduktion der Flächenversiegelung aus.

Die Zielvorgaben gem. § 1 Abs. 5 BNatSchG sind der Samtgemeinde bekannt.

Die Gemeinde Ankum möchte ihr städtebauliches Entwicklungskonzept für die Bereiche beiderseits der Walsumer Straße umsetzen und stellt dazu den B-Plan Nr. 60 „Walsumer Straße“ auf. Das aktuelle Nutzungskonzept zum B-Plan Nr. 60 basiert auf folgenden Analyseergebnissen und Zielsetzungen:

Der weitere Verlust von landwirtschaftlicher Nutzfläche, welcher unweigerlich auch zu einem Verlust regionaltypischer Kulturlandschaft mitsamt der typischen Tier- und Pflanzenarten führt, ist kritisch zu werten.

Auch die Vorschriften zum Umweltschutz gem. BauGB beinhalten das klare Ziel, dass Flächen insbesondere die Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung genutzt werden sollen, um Bodenversiege-

- Die Gemeinde Ankum kann derzeit nur noch wenige Baugrundstücke für eine gewerbliche Nutzung anbieten.
- Aufgrund der sich abzeichnenden Bevölkerungsentwicklung, nach der bis zum Jahr 2035 ein Zuwachs von rund 800 Einwohnern zu erwarten ist, muss die Gemeinde ihrem Auftrag nachkommen und entsprechendes Bauland für Wohnen, Gewerbe und sonstige Infrastruktur bereitstellen. Hierzu wurde im März 2017 seitens der Gemeinde eine Bauflächenbedarfsanalyse durchgeführt, die eine Abschätzung des Flächenbedarfs enthält und auch mögliche Standorte für die bauliche Entwicklung im Gemeindegebiet benennt.
- Bei der Nachfrage nach gewerblich nutzbarem Bauland hat sich gezeigt, dass Grundstücksgrößen zwischen 1.500 qm und 3.000 qm präferiert werden. Weiterhin besteht vielfach der Wunsch, die gewerbliche Nutzung mit dem Bau eines Wohngebäudes zu koppeln.

lungen auf das notwendige Maß zu begrenzen. Landwirtschaftliche, als Wald oder für Wohnzwecke genutzte Flächen sollen nur im notwendigen Umfang umgenutzt werden. Vor dem Hintergrund dieser Grundsätze aus BauGB und BNatSchG ist eine flächenschonende und umweltoptimierte Innenentwicklung anzustreben.

- Im Bereich der Siedlung östlich der Walsumer Straße möchten einige Anlieger Bauprojekte umsetzen, die aufgrund der Lage im Außenbereich derzeit nicht genehmigungsfähig sind.
- Es ist Ziel der Gemeinde Ankum, geeignetes Bauland für Projekte zur Verfügung zu stellen, die sich positiv auf die weitere Ortsentwicklung auswirken. Voraussetzung dafür ist es, dass von den neuen Bauvorhaben keine wesentlichen Störungen für die bestehende städtebauliche Situation ausgehen.

Damit erhalten in der vorliegenden FNP-Änderung u.a. die Wohnbedürfnisse der Bevölkerung, die Belange der Wirtschaft sowie die Fortentwicklung vorhandener Ortsteile ein besonderes Gewicht.

Aus den vorstehenden Darlegungen wird deutlich, dass besser geeignete Alternativflächen nicht vorhanden sind bzw. eine Suche nach Alternativstandorten nicht sinnvoll ist. Die Samtgemeinde sieht sich hier u.a. auch im Einklang mit der einschlägigen Rechtsprechung:

„Die Einbeziehung möglicher Alternativen für eine Planung in das Bauleitverfahren ergibt sich schon aus § 3 Abs. 1 BauGB, wonach die Öffentlichkeit bei der frühzeitigen Bürgerbeteiligung auch über sich wesentlich unterscheidende Lösungen unterrichtet werden soll (Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, BauGB, § 3, Rn. 15). Das Aufzeigen von Alternativen ist jedoch kein Selbstzweck, sondern soll dazu dienen, die unter den tatsächlichen Gegebenheiten bestmögliche Lösung für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung zu finden. Als Alternativen kommen solche Gestaltungen in Betracht, die aus Sicht der planenden Gemeinde als real mögliche Lösungen ernsthaft zu erwägen sind. Andererseits kann der Verzicht auf die Einbeziehung von Alternativen in die Planung ein Abwägungsfehler sein, wenn sie naheliegen (vgl. BVerwG, Beschluss vom 28.08.1987, BRS 47 Nr. 3 und [...], Rn. 20; OVG RP, Urteil vom 04.07.2006, BRS 70 Nr. 23 und [...], Rn. 55).“²

Die Nachhaltigkeitsziele des sogenannten „Niedersächsischen Wegs“ sind der Samtgemeinde ebenfalls bekannt. Danach soll u.a. die Neuversiegelung von Flächen in Niedersachsen bis zum Jahr 2030 auf unter drei Hektar pro Tag und in den Folgejahren weiter

²OVG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 06.10.2011 (Az.: 1 C 11322/10.OVG)

auf Netto-Null bis spätestens zum Jahr 2050 reduziert werden. Diese Zielsetzung findet sich in § 1a des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes (NNatSchG) wieder.

Aus den vorstehend genannten Zielsetzungen zur Begrenzung bzw. zum Verzicht auf Neuversiegelungen lässt sich jedoch nicht ableiten, dass die Kommunen in Niedersachsen sich städtebaulich nicht mehr entwickeln dürfen.

Dementsprechend geht die Samtgemeinde Bersenbrück mit der Gemeinde Ankum davon aus, dass sie weiterhin handlungsfähig sind im Sinne des Artikel 28 Abs. 2 Satz 1 GG: *„Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.“*

Die aus Artikel 28 GG abgeleitete kommunale Planungshoheit nutzt die Samtgemeinde auch bei der vorliegenden Bauleitplanung verantwortungsvoll und im Rahmen der Gesetze.

Alternative Flächen, die sowohl aus städtebaulichen Gründen als auch für die geplanten Entwicklungen besser geeignet wären, bestehen nicht. Möglichkeiten der Wiedernutzbarmachung von Flächen, der Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung bilden vorliegend ebenfalls keine Alternative.

Wichtige Elemente des Umwelt- und Naturschutzes, wie Vorgaben zu Dach- und Fassadenbegrünung und Solardächern, zur Minimierung der vollversiegelten Flächen, ein Verbot von Kies- und Schottergärten sowie die Pflicht zu einer naturnahen Garten- und Grabengestaltung, sind im Bebauungsplan Nr. 60 „Walsumer Straße“ festzusetzen.

Im FNP wird die beabsichtigte Bodennutzung **in den Grundzügen** dargestellt (§ 5 BauGB). Dementsprechend werden im FNP i.d.R. auch nur Bauflächen (allgemeine Art der baulichen Nutzung) dargestellt.

Weitergehende Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung, zur Bauweise, zur überbaubaren Grundstücksfläche, zum Umwelt- und Naturschutz sowie örtliche Bauvorschriften erfolgen erst im B-Plan. Die Planungshoheit für die Aufstellung von B-Plänen liegt bei der jeweiligen Gemeinde. Für den parallel aufgestellten B-Plan Nr. 60 der Gemeinde Ankum entscheidet dementsprechend die Gemeinde Ankum über die zu treffenden Festsetzungen.

Ein besonderer Regelungsbedarf ergibt sich diesbezüglich für die vorliegende FNP-Änderung nicht.

Untere Bodenschutzbehörde

Ich weise auf meine Stellungnahme vom

Die Stellungnahme der unteren Boden-

26.04.2021 hin, die im Umweltbericht mit integrierter Eingriffsregelung vom 21.07.2023 mit aufgenommen wurde.

Die im Umweltbericht dargestellte Bewertung des Schutzgutes Boden auf Seite 22 ist nicht gänzlich nachvollziehbar. Eine intensive landwirtschaftliche Nutzung sowie das Vorhandensein von teilweise versiegelten Flächen, die sich im Übrigen nur im östlichen Abschnitt des geplanten Änderungsbereiches befinden, führen nicht automatisch zu einer Abwertung der Schutzwürdigkeit und Bedeutsamkeit des Bodens. Eine Versiegelung des Bodens führt zu einem vollkommenen Verlust der natürlichen Bodenfunktionen, die wie in der zusammenfassenden Bewertung des Umweltberichts auf S. 37 beschrieben, eine erhebliche Umweltauswirkung darstellt.

Stellungnahme Untere Bodenschutzbehörde vom 03.05.2021

Im Bereich des o.g. Plangebietes bestehen keine Hinweise oder Eintragungen im Altlas-

schutzbehörde aus der frühzeitigen Behördenbeteiligung ist in der Gesamtstellungnahme des Landkreises Osnabrück vom 03.05.2023 enthalten und wird nachfolgend aufgeführt und abgewägt.

Der Ist-Zustand des Bodens (vor Realisierung der Planung) wird in Kapitel 2.1.2 des Umweltberichtes wie folgt bewertet:

„Die anstehenden Böden sind für diesen Naturraum nicht als seltener Bodentyp einzustufen. Das Plangebiet wird zudem überwiegend intensiv landwirtschaftlich genutzt und ist stellenweise durch gepflasterte Flächen und Straßen überprägt, es ist insofern deutlich überformt.

Das Schutzgut Boden wird insbesondere aufgrund der verbreitet anstehenden Eschböden als empfindlich eingestuft, versiegelte Bereiche als unempfindlich. Anderweitig erheblich überformte Bereiche werden als weniger empfindlich eingestuft.“

Bei der vorstehenden Bewertung wird u.a. auch berücksichtigt, dass eine langjährige landwirtschaftliche Nutzung mit Monokulturen, engen Fruchtfolgen, hohen Viehbeständen pro Hektar sowie intensivem Einsatz von Mineraldüngern und Pestiziden auch negative Auswirkungen auf den Boden hat. Die Schutzwürdigkeit und Bedeutsamkeit des Bodens wird dabei jedoch nicht in Frage gestellt.

In Kapitel 2.2.2.2 werden folgende planbedingten Auswirkungen auf den Boden als erheblich eingestuft:

- *Beeinträchtigung der Bodenfunktionen als Standort und Lebensraum für Pflanzen und Tiere durch Bodenbewegung, -abtrag, -auftrag, -verdichtung, -durchmischung, Einträge anderer Bodenbestandteile, Entwässerung o. ä.*
- *Verlust von Bodenfunktionen durch Versiegelung etc.*

Nach Ansicht der Samtgemeinde werden damit der Ist-Zustand des Bodens sowie die planbedingten erheblichen Auswirkungen auf den Boden sachgerecht beschrieben und bewertet.

Die Feststellungen werden zur Kenntnis genommen. Bedenken werden seitens des Ein-

tenkataster des Landkreises Osnabrück, die einen Verdacht auf das Vorhandensein von Altlasten oder schädlichen Bodenverunreinigungen begründen. Bedenken werden daher gegen das beabsichtigte Vorhaben auf der planerisch gekennzeichneten Fläche nicht erhoben.

Es wird darauf hingewiesen, dass sich im Plangebiet auf einem Großteil der Fläche gemäß des Niedersächsischen Bodeninformationssystems des LBEG ein mittlerer Plaggeneschboden unterlagert von Parabraunerde mit einer sehr hohen Ertragsfähigkeit vorzufinden ist. Die Böden stellen wertvolle Bodenbereiche mit wertvollen Bodenfunktionen dar und sind aus kulturhistorischer Sicht besonders bedeutsam. Diese werden durch eine beabsichtigte Bebauung unwiederbringlich beseitigt.

In diesem Zusammenhang ist auch auf die Stellungnahme der Regionalplanung und der unteren Denkmalschutzbehörde zu verweisen.

gebers nicht vorgebracht.

Im Änderungsbereich ist tlw. der schutzwürdige Bodentyp „Plaggenesch“ vorzufinden. Die Besonderheit der Eschböden liegt in der hohen Bodenfruchtbarkeit und in ihrer kulturhistorischen Archivfunktion. Hinsichtlich des Eschbodens ist jedoch auch festzustellen, dass dieser für den betrachteten Naturraum nicht als seltener Bodentyp einzustufen ist. Die Böden im Änderungsbereich wurden ferner tlw. intensiv landwirtschaftlich genutzt und sind zudem durch Überbauung auch deutlich vorbelastet. Die Bodenfruchtbarkeit selbst ist insgesamt kein so gewichtiger Belang, der die vorliegende Bauleitplanung ausschließen würde.

Im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung haben die Fachbereiche Regionalplanung und Denkmalschutz ebenfalls auf die Schutzwürdigkeit des Eschbodens hingewiesen. Hierzu gilt die vorstehende Abwägung zum Bodentyp „Plaggenesch“ sinngemäß.

Ferner wird in den Planunterlagen (Plan, Begründung, Umweltbericht) auf den Plaggenesch hingewiesen und das Schutzgut Boden wurde im Rahmen der Umweltprüfung und der darin integrierten naturschutzfachlichen Eingriffs-Ausgleichs-Regelung angemessen berücksichtigt.

Der Fachbereich Regionalplanung hat in seiner aktuellen Stellungnahme vom 25.08.2023 zu diesem Sachverhalt keine Anregungen oder Bedenken vorgebracht.

Bezüglich der archäologischen Belange wurde ferner bereits folgender Hinweis in die Nachrichtlichen Übernahmen des Plans aufgenommen:

„Gemäß Stellungnahme der Denkmalpflegebehörde liegt das Plangebiet nur wenig nördlich von Wittekindsburg und Schultenhof Rüssel. Letzterer wurde 977 erstmals urkundlich erwähnt. Der westliche Bereich des Plangebietes („Kamp“) ist außerdem mit Plaggeneschen (mittelalterliche bis frühneuzeitliche

che Auftragsböden zur Bodenverbesserung) bedeckt. Darunter können bislang unbekannte archäologische Fundstellen - ggf. frühmittelalterliche Siedlungsstellen, die im Zusammenhang mit dem Schultenhof stehen - erhalten sein, die bei den anstehenden Erdarbeiten unerkannt zerstört werden. Die Stadt- und Kreisarchäologie Osnabrück muss daher rechtzeitig vor dem Beginn der Erschließungsarbeiten informiert werden, um diese ggf. archäologisch begleiten zu können. Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u.a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen und Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht oder Denkmale der Erdgeschichte (hier: Überreste oder Spuren - z.B. Versteinerungen-, die Aufschluss über die Entwicklung tierischen oder pflanzlichen Lebens in vergangenen Erdperioden oder die Entwicklung der Erde geben) freigelegt werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Nds. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und müssen der Denkmalbehörde des Landkreises Osnabrück (Stadt- und Kreisarchäologie im Osnabrücker Land, Lotter Straße 2, 49078 Osnabrück, Tel. 0541/323-2277 oder -4433) unverzüglich gemeldet werden. Meldepflichtig ist der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des NDSchG bis zum Ablauf von vier Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeiten gestattet.“

Darüber hinaus würde ein grundsätzlicher Verzicht der städtebaulichen Fortentwicklung auf Flächen mit Eschböden nicht nur in der Samtgemeinde Bersenbrück die Siedlungsentwicklung übermäßig einschränken.

Fachdienst Kreisstraßen

Gegen die 84. Änderung des Flächennutzungsplans in der Mitgliedsgemeinde Ankum bestehen keine Bedenken.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Folgende Auflagen und Hinweise sind gegeben:

Für die Aufweitung der Einmündung der Walsumer Straße nach Abschnitt 6.5 der Be-

Der Änderungsbereich wird u.a. von der Wehberger Straße (K 144) aus über die be-

gründung zum B-Plan ist ein technischer Entwurf zwingend mit dem Fachdienst Straßen abzustimmen. Mittelfristig ist der Ausbau der K 144 als Baumaßnahme Nr. 144.50 vorgesehen, so dass die Gestaltung des veränderten Knotenpunktes darauf abzustimmen ist.

Grundstückszufahrten zur Kreisstraße können aus Gründen der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs nicht eingeräumt werden.

WIGOS

Zu dem o. g. Planungsvorhaben der Samtgemeinde Bersenbrück haben wir folgende Anmerkungen:

- Wir bitten, zu beachten, dass im Rahmen der vorgesehenen gemischten Nutzung für Gewerbebetriebe genügend Raum geschaffen wird.
- Wohngebäude sollten im wesentlichen Bereich nicht zu nah an das bestehende Gewerbegebiet Nr. 49 heranrücken, um die sich dort befindlichen bzw. zukünftig ansiegelnden Gewerbebetriebe nicht in immissionschutzrechtlicher Hinsicht in ihrer Entwicklung einzuschränken.

stehenden Gemeindestraßen Walsumer Straße (direkte Erschließung) und „Hermann-Kemper-Straße“ (indirekte Erschließung, Straßenverlängerung in Richtung Osten erforderlich!) erschlossen. Damit ist die Verkehrserschließung des Änderungsbereich grundsätzlich sichergestellt. Details zum Ausbau von Straßeneinmündungen bleiben dem B-Plan und der nachfolgenden Erschließungsplanung vorbehalten. Ein weitergehender diesbezüglicher Regelungsbedarf ergibt sich für die vorliegende FNP-Änderung nicht.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Im FNP wird die beabsichtigte Bodennutzung **in den Grundzügen** dargestellt (§ 5 BauGB). Dementsprechend werden im FNP i.d.R. auch nur Bauflächen (allgemeine Art der baulichen Nutzung) dargestellt. Im Rahmen der vorliegenden FNP-Änderung werden gemischte Bauflächen dargestellt. Diese grenzen tlw. direkt an gewerbliche Bauflächen. Durch die bestehende Gewerbenutzung westlich des Änderungsbereiches (B-Plan Nr. 49 der Gemeinde Ankum) ist mit Gewerbelärm zu rechnen. Zur Bewertung der Auswirkungen durch Gewerbelärm wurde zum parallel aufgestellten B-Plan Nr. 60 der Gemeinde Ankum die Gewerbelärmbelastung ermittelt³. Dabei wurden die Berechnung die im B-Plan Nr. 49 festgesetzten flächenbezogenen Schalleistungspegel zugrunde gelegt. Ermittelt wurden die Beurteilungspegel in 4 Immissionsorten des B-Plans Nr. 60. Die Werte zeigen, dass in den Immissionsorten 2 und 4 die Orientierungswerte für Mischgebiete bei Gewerbelärm (60/45 dB(A) tags/nachts) eingehalten und in den Immissionsorten 1 und 3 geringfügig überschritten werden. Die Überschreitung ist dabei so gering, dass sie für das menschliche Ohr nicht wahrnehmbar und somit zu vernachlässigen ist.

In der Berechnung zum B-Plan Nr. 60 werden die Teilbereiche „Nord“ und „Süd“ der vorlie-

³ Boner + Partner: „Ermittlung der Gewerbelärmbelastung im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 60 ‚Walsumer Straße‘ der Gemeinde Ankum“, Anlage 3 der Begründung zum B-Plan Nr. 60 der Gemeinde Ankum, Oldenburg, März 2022

genden FNP-Änderung nicht berücksichtigt. Jedoch lässt sich aufgrund der für den B-Plan Nr. 60 gewählten Immissionsorte Nr. 1 und 4 sowie der Lage zu den Gewerbebereichen des B-Plans Nr. 49 ableiten, dass auch in den Teilbereichen „Nord“ und „Süd“ keine erheblichen Auswirkungen durch Gewerbelärm zu erwarten sind.

Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanungen zu den Teilbereichen „Nord“ und „Süd“ sind die Auswirkungen durch Gewerbelärm detailliert zu bewerten. In Flächen mit etwaigen Überschreitungen der Orientierungswerte können weniger lärmsensible Nutzungen wie z. B. Stellplätze, Garagen, Lagerflächen etc. platziert werden. Ferner können aktive und passive Lärmschutzmaßnahmen vorgesehen werden, so dass auch künftig ein verträgliches Nebeneinander möglich ist.

Ein weitergehender Regelungsbedarf ergibt sich diesbezüglich für die vorliegende FNP-Änderung nicht.

Sofern sich aufgrund der angeforderten Stellungnahmen der Straßen- und Verkehrsaufsicht sowie der AWIGO weitere Anregungen ergeben, werden sie unaufgefordert nachgeleitet.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Stadt Osnabrück, Archäologische Denkmalpflege, Stadt- und Kreisarchäologie vom 26.07.2023:

Seitens der Archäologischen Denkmalpflege der Stadt und des Landkreises Osnabrück bestehen gegen die Planänderung **folgende Bedenken:**

(vermerkt unter den nachrichtlichen Übernahmen auf der Planzeichnung)
Das Plangebiet liegt nur wenig nördlich von Wittekindsburg und Schulthenhof Rüssel. Letzterer wurde 977 erstmals urkundlich erwähnt. Der westliche Bereich des Plangebietes („Kamp“) ist außerdem mit Plaggeneschen (mittelalterliche bis frühneuzeitliche Auftragsböden zu Bodenverbesserung) bedeckt. Darunter können bislang unbekannt archäologische Fundstellen - ggf. frühmittelalterliche Siedlungsstellen, die im Zusammenhang mit dem Schulthenhof stehen - erhalten sein, die bei den anstehenden Erdarbeiten unerkannt zerstört werden. Die Stadt- und Kreisarchäologie Osnabrück muss daher rechtzeitig vor dem Beginn der Erschließungsarbeiten in-

Wie die Stadt- und Kreisarchäologie Osnabrück richtig aufzeigt, ist der zitierte Passus den Nachrichtlichen Übernahmen der Planzeichnung zur vorliegenden FNP-Änderung entnommen.

Dadurch wird deutlich, dass die Belange der archäologischen Denkmalpflege angemessen beachtet wurden. Es wird klar herausgestellt, dass die Stadt- und Kreisarchäologie Osnabrück **rechtzeitig vor dem Beginn** von Erschließungsarbeiten informiert werden muss, um diese ggf. archäologisch begleiten zu können.

Ein weitergehender Regelungsbedarf ergibt sich diesbezüglich für die vorliegende FNP-Änderung nicht.

formiert werden, um diese ggf. archäologisch begleiten zu können. Dabei angetroffene archäologische Fundstellen müssen vollständig ausgegraben und dokumentiert werden.

Die weiteren Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Wir weisen darauf hin, dass die dabei entstehenden Kosten (für Material-, Maschinen- und Personaleinsatz) nicht von der Archäologischen Denkmalpflege übernommen werden, sondern vom Planungs-/Vorhabenträger als Verursacher zu tragen sind (§ 6 (3) Nieders. Denkmalschutzgesetz).

Auf die grundsätzliche gesetzliche Melde- und Sicherungspflicht von archäologischen Bodenfunden wird auf der Planzeichnung hingewiesen.

Amprion GmbH, Dortmund vom 26.07.2023:

Der Geltungsbereich der 84. Änderung des Flächennutzungsplanes wird von dem im Betreff unter 2. genannten Kabelbauprojekt der Amprion GmbH gekreuzt. Es handelt sich hierbei um einen Teilabschnitt des Vorhabens Nr. 6 aus dem Bundesbedarfsplangesetz, zu dem auch der im Betreff unter 1. genannte Freileitungsabschnitt gehört. Die geplante Kabeltrasse ist im Entwurf der Flächennutzungsplanänderung bereits dargestellt.

Die Feststellungen werden zur Kenntnis genommen.

Ein Teilbereich der Flächennutzungsplanänderung wird von dem in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan Nr. 60 beplant. Hierzu hat Amprion zuletzt mit Schreiben vom 20.12.2021 eine Stellungnahme abgegeben. Die dort angegebenen Auflagen und Hinweise sind weiterhin gültig.

Nach den Erkenntnissen der Samtgemeinde wurde die Stellungnahme der Amprion GmbH zum parallel aufgestellten B-Plan Nr. 60 der Gemeinde Ankum von der Gemeinde Ankum angemessen berücksichtigt. So wurde u.a. der geplante Leitungsverlauf mit Schutzstreifen im B-Plan dargestellt.

Die Fläche der Teilbereiche Nord und Süd der Flächennutzungsplanänderung sind nicht Gegenstand des Bebauungsplanes Nr. 60. Auch diese Bereiche werden teilweise von der Trasse des im Betreff unter 2. genannten Kabelbauprojektes gekreuzt. Die Kabeltrasse ist, wie in der Begründung unter 4.2.2 „Fachplanungen“ aufgeführt, Ziel der Landesplanung und des regionalen Raumordnungsprogramms des Landkreises Osnabrück.

Die Feststellungen werden zur Kenntnis genommen.

Mit der Ausweisung einer Mischfläche können wir uns grundsätzlich einverstanden erklären, wenn analog zu den Ausweisungen im Bebauungsplan Nr. 60, auch in den Teil-

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die voraussichtliche Leitungstrasse inkl. Schutzstreifen soll grundsätzlich beachtet werden und wurde daher nachrichtlich im

bereichen Nord und Süd die Kabeltrasse in einem Schutzstreifen mit einer Breite von $2 \times 22,5 \text{ m} = 45,0 \text{ m}$, bezogen auf die Trassenmittellinie, von jeglicher Bebauung und Bepflanzung freigehalten wird.

Der Schutzstreifen kann als Grünstreifen genutzt werden. Gemäß den Festsetzungen der Begründung Nr. 4.2.2 und 4.4.1 sind tiefwurzelnde Pflanzen im Trassenschutzstreifen nicht zulässig und sonstige die Errichtung, den Betrieb und die Unterhaltung der Leitung störende Eingriffe zu vermeiden. Diesen Festsetzungen stimmen wir zu. Anpflanzungen im Schutzstreifenbereich bitten wir abzustimmen.

Gemäß Begründung Nr. 4.4.2 sind erdeingreifende Teile des geplanten Regenrückhaltebeckens (RRB) im Bereich der geplanten Fläche für die Wasserwirtschaft außerhalb des Schutzstreifens der Kabeltrasse zu platzieren. Auch dieser Festsetzung stimmen wir zu.

Den Zu- und Ablauf des RRB bitten wir detailliert abzustimmen, da insbesondere der Zufluss die Kabeltrasse kreuzt, s.a. Stellungnahme der Amprion GmbH v. 20.12.2021 zum Bebauungsplan Nr. 60.

Südlich der externen Ausgleichsfläche „Ahauser Zuschlag“ plant die Amprion GmbH, den im Betreff unter 1. genannten Planungsabschnitt als Freileitung zu bauen. Da diese externe Ausgleichsfläche im Rahmen der Planung zum o. g. Teilabschnitt bereits berücksichtigt wurde, bestehen unsererseits hierzu keine Bedenken.

Wir bitten Sie um weitere Beteiligung in diesem Verfahren.

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Osnabrück vom 01.09.2023:

Bei der o. g. Planung werden von Seiten des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes Osnabrück grundsätzlich keine Bedenken erhoben, soweit die folgenden Anmerkungen bei der nachfolgenden Planung zum Bebauungsplan Berücksichtigung finden.

Es wird darauf hingewiesen, dass die tat-

FNP dargestellt. Überbauungen und sonstige die Errichtung, den Betrieb und die Unterhaltung der Leitung störende Eingriffe sollen grundsätzlich vermieden werden. Hierauf wird auch in den Nachrichtlichen Übernahmen des FNP hingewiesen.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Bautechnische Details des geplanten Regenwasserrückhaltebeckens sollen rechtzeitig vor Beginn der Baumaßnahmen zur Wahrung der Schutzansprüche der Kabeltrasse mit der Amprion GmbH abgestimmt werden.

Die weiteren Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Im FNP wird die beabsichtigte Bodennutzung **in den Grundzügen** dargestellt (§ 5 BauGB). Dementsprechend werden im FNP i.d.R. auch nur Bauflächen (allgemeine Art der baulichen Nutzung) dargestellt. Im Rahmen der vorliegenden FNP-Änderung werden gemischte Bauflächen dargestellt. Diese grenzen tlw. direkt an gewerbliche Bauflächen.

sächliche Gebietsausweisung der westlich gelegenen gewerblichen Bauflächen nach hiesiger Kenntnis Gle ist. Eine Abstufung von GI - GE - MI wäre somit bei Aufstellung des Bebauungsplanes somit nicht gegeben. Die bereits ermittelte Gewerbelärmbelastung vom Gle ist für die nördlich und südlich ausgedehnten Flächen bei Aufstellung des Bebauungsplanes zu erweitern. Es ist u. a. auch für die bereits ausgewiesenen und bebauten Flächen der Nachweis zu führen, dass die Lärmemissionen des westlich gelegenen Gewerbe- und Industriegebietes entsprechend der dort festgesetzten flächenbezogenen Schalleistungspegel **nicht** zu einer Überschreitung der Immissionswerte im Plangebiet führen.

Durch die bestehende Gewerbenutzung westlich des Änderungsbereiches (B-Plan Nr. 49 der Gemeinde Ankum) ist mit Gewerbelärm zu rechnen. Zur Bewertung der Auswirkungen durch Gewerbelärm wurde zum parallel aufgestellten B-Plan Nr. 60 der Gemeinde Ankum die Gewerbelärmbelastung ermittelt⁴. Dabei wurden die Berechnung die im B-Plan Nr. 49 festgesetzten flächenbezogenen Schalleistungspegel zugrunde gelegt. Ermittelt wurden die Beurteilungspegel in 4 Immissionsorten des B-Plans Nr. 60.

Die Werte zeigen, dass in den Immissionsorten 2 und 4 die Orientierungswerte für Mischgebiete bei Gewerbelärm (60/45 dB(A) tags/nachts) eingehalten und in den Immissionsorten 1 und 3 geringfügig überschritten werden. Die Überschreitung ist dabei so gering, dass sie für das menschliche Ohr nicht wahrnehmbar und somit zu vernachlässigen ist.

In der Berechnung zum B-Plan Nr. 60 werden die Teilbereiche „Nord“ und „Süd“ der vorliegenden FNP-Änderung nicht berücksichtigt. Jedoch lässt sich aufgrund der für den B-Plan Nr. 60 gewählten Immissionsorte Nr. 1 und 4 sowie der Lage zu den Gewerbebereichen des B-Plans Nr. 49 ableiten, dass auch in den Teilbereichen „Nord“ und „Süd“ keine erheblichen Auswirkungen durch Gewerbelärm zu erwarten sind.

Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanungen zu den Teilbereichen „Nord“ und „Süd“ sind die Auswirkungen durch Gewerbelärm detailliert zu bewerten. In Flächen mit etwaigen Überschreitungen der Orientierungswerte können weniger lärmsensible Nutzungen wie z. B. Stellplätze, Garagen, Lagerflächen etc. platziert werden. Ferner können aktive und passive Lärmschutzmaßnahmen vorgesehen werden, so dass auch künftig ein verträgliches Nebeneinander möglich ist.

Ein weitergehender Regelungsbedarf ergibt sich diesbezüglich für die vorliegende FNP-Änderung nicht.

**Landwirtschaftskammer Niedersachsen,
Bezirksstelle Osnabrück, Außenstelle
Bersenbrück vom 07.08.2023:**

Der Planbereich der 84. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Ber-

Die Feststellungen werden zur Kenntnis genommen.

⁴ Boner + Partner: „Ermittlung der Gewerbelärmbelastung im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 60 ‚Walsumer Straße‘ der Gemeinde Ankum“, Anlage 3 der Begründung zum B-Plan Nr. 60 der Gemeinde Ankum, Oldenburg, März 2022

senbrück liegt in der Mitgliedsgemeinde Ankum am östlichen Rand der Ortslage Ankums nördlich der „Wehberger Straße“ westlich und östlich der „Walsumer Straße“. Westlich schließen vorhandene gewerbliche Bauflächen, nördlich, östlich und südlich überwiegend landwirtschaftlich genutzte Flächen an den Planbereich an.

Der etwa 9,6 ha große Änderungsbereich selbst wird im Bereich westlich der „Walsumer Straße“ bisher überwiegend landwirtschaftlich genutzt, der Bereich östlich von dieser ist überwiegend bereits locker bebaut, im nördlichen Bereich befindet sich eine landwirtschaftliche Hofstelle.

Ein erheblicher Teil der Flächen des Geltungsbereiches liegt gemäß RROP des Landkreises Osnabrück innerhalb eines Vorsorgegebietes für Landwirtschaft. Gemäß RROP sind zur langfristigen Sicherung der Landwirtschaft unvermeidbare Flächenbeanspruchungen Dritter auf das notwendige Maß zu reduzieren.

Insbesondere aufgrund der bereits vorhandenen Bebauung und gewerblichen Bauflächen im Zusammenhang mit der Lage der Flächen kann die Inanspruchnahme aus landwirtschaftlicher Sicht jedoch toleriert werden.

Die Feststellungen werden zur Kenntnis genommen.

Die durch den Änderungsbereich überlagerten Vorsorgegebiete wurden in der Planung berücksichtigt und in der Begründung benannt. Nach geltender Rechtsauffassung sind Vorsorgegebiete als Grundsätze der Raumordnung einzustufen. Anders als Ziele der Raumordnung sind die Grundsätze der Raumordnung keine verbindlichen raumordnerischen Vorgaben. Sie sind vom Träger der Raumordnung nicht abschließend abgewogen (sich hierzu insbesondere § 3 des Raumordnungsgesetzes).

Dementsprechend sind die Grundsätze der Raumordnung in nachfolgenden Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen, z. B. in der Bauleitplanung) als ein Belang von vielen mit angemessenem Gewicht zu berücksichtigen. Dies ist vorliegend geschehen.

Die Gemeinde Ankum möchte ihr städtebauliches Entwicklungskonzept für die Bereiche beiderseits der Walsumer Straße umsetzen und stellt dazu den B-Plan Nr. 60 „Walsumer Straße“ auf. Das aktuelle Nutzungskonzept zum B-Plan Nr. 60 basiert auf folgenden Analyseergebnissen und Zielsetzungen:

- Die Gemeinde Ankum kann derzeit nur noch wenige Baugrundstücke für eine gewerbliche Nutzung anbieten.
- Aufgrund der sich abzeichnenden Bevölkerungsentwicklung, nach der bis zum Jahr 2035 ein Zuwachs von rund 800 Einwohnern zu erwarten ist, muss die Gemeinde ihrem Auftrag nachkommen und entsprechendes Bauland für Wohnen, Gewerbe und sonstige Infrastruktur bereitstellen. Hierzu wurde im März 2017 seitens der

Gemeinde eine Bauflächenbedarfsanalyse durchgeführt, die eine Abschätzung des Flächenbedarfs enthält und auch mögliche Standorte für die bauliche Entwicklung im Gemeindegebiet benennt.

- Bei der Nachfrage nach gewerblich nutzbarem Bauland hat sich gezeigt, dass Grundstücksgrößen zwischen 1.500 qm und 3.000 qm präferiert werden. Weiterhin besteht vielfach der Wunsch, die gewerbliche Nutzung mit dem Bau eines Wohngebäudes zu koppeln.
- Im Bereich der Siedlung östlich der Walsumer Straße möchten einige Anlieger Bauprojekte umsetzen, die aufgrund der Lage im Außenbereich derzeit nicht genehmigungsfähig sind.
- Es ist Ziel der Gemeinde Ankum, geeignetes Bauland für Projekte zur Verfügung zu stellen, die sich positiv auf die weitere Ortsentwicklung auswirken. Voraussetzung dafür ist es, dass von den neuen Bauvorhaben keine wesentlichen Störungen für die bestehende städtebauliche Situation ausgehen.

Damit erhalten in der vorliegenden FNP-Änderung u.a. die Wohnbedürfnisse der Bevölkerung, die Belange der Wirtschaft sowie die Fortentwicklung vorhandener Ortsteile ein besonderes Gewicht.

Aus den vorstehenden Darlegungen wird deutlich, dass besser geeignete Alternativflächen nicht vorhanden sind bzw. eine Suche nach Alternativstandorten nicht sinnvoll ist. Die Samtgemeinde sieht sich hier u.a. auch im Einklang mit der einschlägigen Rechtsprechung:

„Die Einbeziehung möglicher Alternativen für eine Planung in das Bauleitverfahren ergibt sich schon aus § 3 Abs. 1 BauGB, wonach die Öffentlichkeit bei der frühzeitigen Bürgerbeteiligung auch über sich wesentlich unterscheidende Lösungen unterrichtet werden soll (Ernst/Zinkahn/-Bielenberg/Krautzberger, BauGB, § 3, Rn. 15). Das Aufzeigen von Alternativen ist jedoch kein Selbstzweck, sondern soll dazu dienen, die unter den tatsächlichen Gegebenheiten bestmögliche Lösung für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung zu finden. Als Alternativen kommen solche Gestaltungen in Betracht, die aus Sicht der planenden Gemeinde als real mögliche Lösungen ernsthaft zu erwägen sind. Andererseits kann der Verzicht auf die Einbeziehung von Alternativen in die Planung ein Abwägungsfehler sein, wenn sie

naheliegen (vgl. BVerwG, Beschluss vom 28.08.1987, BRS 47 Nr. 3 und [...], Rn. 20; OVG RP, Urteil vom 04.07.2006, BRS 70 Nr. 23 und [...], Rn. 55).⁴⁵

Alternative Flächen, die sowohl aus raumordnerischen / städtebaulichen Gründen als auch für die geplanten Entwicklungen besser geeignet wären, bestehen nicht. Möglichkeiten der Wiedernutzbarmachung von Flächen, der Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung bilden vorliegend ebenfalls keine Alternative.

Vorgesehen ist die Darstellung des Änderungsbereiches überwiegend als gemischte Baufläche (M) sowie kleinerer Teilflächen als Fläche für die Wasserwirtschaft mit der Zweckbestimmung Regenrückhaltebecken, als Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft sowie als Flächen zum Erhalt von Bäumen und Sträuchern.

Die Feststellungen werden zur Kenntnis genommen.

Zu dem in der Entwurfsbegründung beschriebenen Anlass und Ziel der Bauleitplanung weisen wir hinsichtlich der östlich der „Walsumer Straße“ vorgesehenen gemischten Bauflächen darauf hin, dass das hier vorgesehene Dorfgebiet mit Ausnahme des nördlichen Abschnitts u. E. weder den tatsächlichen Gegebenheiten noch der planerischen Absicht entspricht. Laut Entwurfsbegründung steht eine gewerbliche Nutzung, ggf. gekoppelt mit dem Bau von Wohngebäuden, im Vordergrund, im Bereich der Siedlung östlich der „Walsumer Straße“ sollen demnach Bauprojekte umgesetzt werden, die aufgrund der Lage im Außenbereich derzeit nicht genehmigungsfähig sind, also keinerlei landwirtschaftlichen Charakter haben. Wesensbestimmend für Dorfgebiete ist jedoch die Unterbringung der Wirtschaftsstellen land- und forstwirtschaftlicher Betriebe. Das ist jedoch nur in dem nördlichen Abschnitt gegeben. Der mittlere und südliche Abschnitt werden den Charakter eines Mischgebietes (MI) bekommen, sie sind vom nördlichen Teil zudem durch eine Fläche zum Erhalten von Bäumen und Sträuchern abgesetzt, und sollten deshalb, insbesondere auch im Hinblick auf eindeutige rechtliche Verhältnisse, auch als Mischgebiet (MI) ausgewiesen werden. Die Überschreitung der für ein Mischgebiet zulässigen Geruchsimmissionswerte kann und darf

Im FNP wird die beabsichtigte Bodennutzung **in den Grundzügen** dargestellt (§ 5 BauGB). Dementsprechend werden im FNP i.d.R. auch nur Bauflächen (allgemeine Art der baulichen Nutzung) dargestellt.

Weitergehende Festsetzungen zur besonderen Art der baulichen Nutzung (Baugebiete), zum Maß der baulichen Nutzung, zur Bauweise, zur überbaubaren Grundstücksfläche, zum Umwelt- und Naturschutz sowie örtliche Bauvorschriftenerfolge erfolgen erst im B-Plan. Die Planungshoheit für die Aufstellung von B-Plänen liegt bei der jeweiligen Gemeinde. Für den parallel aufgestellten B-Plan Nr. 60 der Gemeinde Ankum entscheidet dementsprechend die Gemeinde Ankum über die zu treffenden Festsetzungen. Die Ausführungen der Landwirtschaftskammer zum Dorfgebiet (MD) betreffen den B-Plan Nr. 60 der Gemeinde Ankum und wären durch die Gemeinde Ankum abzuwägen.

Ein besonderer Regelungsbedarf ergibt sich diesbezüglich für die vorliegende FNP-Änderung nicht.

Die weiteren Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

⁴⁵OVG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 06.10.2011 (Az.: 1 C 11322/10.OVG)

kein Grund für die Ausweisung als Dorfgebiet (MD) sein, zumal hier eine Überschreitung dieses Wertes toleriert werden soll (s.u.).

In der Umgebung des Änderungsbereiches sowie im Änderungsbereich selber befinden sich landwirtschaftliche Hofstellen, auf denen Tierhaltung betrieben wird. Da von diesen Tierhalten ausgehende unzulässige Geruchsmissionen für den Änderungsbereich nicht ausgeschlossen werden können, wurde im Rahmen der Aufstellung des im Änderungsbereich vorgesehenen Bebauungsplanes ein Immissionschutzgutachten erstellt.

Demnach wird der in Mischgebieten gemäß TA Luft vorgesehene Geruchsmissionswert von 0,10 nur in Teilen der vorgesehenen gemischten Bauflächen eingehalten. Überschritten wird er im südöstlichen sowie deutlich im nordöstlichen Teilbereich. Der in Dorfgebieten gemäß TA Luft vorgesehene Geruchsmissionswert von 0,15 wird in dem überwiegenden Teil der vorgesehenen Dorfgebietsflächen eingehalten. Im Bereich der Hofstelle, auf der noch Tierhaltung betrieben wird, wird dieser Wert überschritten, davon ist derzeit jedoch ausschließlich ein Mitverursacher der Geruchsbelastung betroffen. Zudem wird der Wert im südöstlichen Randbereich überschritten.

Diese Bereiche der gemischten Bauflächen, in denen der Geruchsmissionswert von 0,15 überschritten wird, werden laut Umweltbericht im Flächennutzungsplan gekennzeichnet. Durch eine ergänzende textliche Darstellung werden demnach Nutzungseinschränkungen festgesetzt, nach denen keine Wohnungen, Gewerbebetriebe der Textil- und Lebensmittelbranche oder vergleichbare geruchssensible Nutzungen zulässig sind. Dieses gilt solange nicht nachgewiesen werden kann, dass der Immissionswert von 0,15 nicht mehr überschritten wird.

Die Tolerierung einer Überschreitung des in Mischgebieten vorgesehenen Grenzwertes von 0,10 bis zu einem Wert von 0,15 aufgrund der örtlichen Gegebenheiten kann aus den im Umweltbericht sowie im Immissionschutzgutachten dargelegten Gründen auch aus landwirtschaftlicher Sicht akzeptiert werden.

Die Feststellungen werden zur Kenntnis genommen.

Die Samtgemeinde Bersenbrück ist mit der Gemeinde Ankum der Auffassung, dass aufgrund der spezifischen örtlichen Gegebenheiten, insbesondere auch der den Ortsteil prägenden Landwirtschaft und des Übergangs zum Außenbereich, in den gemischten Bauflächen Geruchshäufigkeiten bis zu 15 % der Jahresstunden (entspricht einem Wert von 0,15) tolerierbar sind. Die Gemeinde Ankum und die Samtgemeinde Bersenbrück sehen sich hier auch im Einklang mit der TA Luft 2021. Gemäß Ziffer 5 des Anhangs 7 der TA Luft ist ein Vergleich mit den Immissionswerten u.a. dann nicht ausreichend, wenn

„in Gemengelage Anhaltspunkte dafür bestehen, dass trotz Überschreitung der Immissionswerte aufgrund der Ortsüblichkeit der Gerüche keine erhebliche Belästigung zu erwarten ist, wenn zum Beispiel durch eine über lange Zeit gewachsene Gemengelage von einer Bereitschaft zur gegenseitigen Rücksichtnahme ausgegangen werden kann“.

Der Wert von 0,15 entspricht dem empfohlenen TA Luft-Orientierungswert für Dorfgebiete (MD). In MD ist nach § 5 der BauNVO auch das Wohnen allgemein zulässig. Demnach sind auch bei einem Wert von 0,15 gesunde Wohn- und Arbeitsbedingungen gegeben. Diese Auffassung der Gemeinde wird u.a. durch einen Beschluss des OVG NRW (Beschl. v. 28.03.2019, Az.: 2 B 1425/18.NE) gestützt.

Im Flächennutzungsplan (FNP) werden durch eine textliche Darstellung Nutzungseinschränkungen für die Bereiche getroffen, in denen der Geruchsmissionswert von 0,15 für landwirtschaftliche Gerüche überschritten wird. Die betroffenen Flächen werden in der Planzeichnung gekennzeichnet. Damit werden im Rahmen der vorliegenden

FNP-Änderung die Umweltbelange angemessen berücksichtigt. Ein weitergehender Regelungsbedarf ergibt sich für die vorliegende FNP-Änderung nicht.

Weitergehende oder ergänzende Festsetzungen kann die für den parallel aufgestellten B-Plan Nr. 60 zuständige Gemeinde Ankum durch entsprechende Festsetzungen im B-Plan treffen.

Für den vollständigen naturschutzrechtlichen Ausgleich sind laut Umweltbericht externe Kompensationsmaßnahmen erforderlich, die in dem anerkannten Flächenpool „Ahäuser Zuschlag“, der von den Niedersächsischen Landesforsten betrieben wird, umgesetzt werden sollen.

Die weiteren Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Grundsätzliche Bedenken werden seitens des Eingegers nicht vorgebracht.

Landwirtschaftliche Belange werden durch die 84. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Bersenbrück nicht grundsätzlich nachteilig berührt. Gegen die vorliegende Planung bestehen aus landwirtschaftlicher Sicht daher keine grundsätzlichen Bedenken. Die im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung vorgesehene Ausweisung der Art der baulichen Nutzung (MD/M) sollte u.E. jedoch noch geändert werden.

LBEG Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, Hannover vom 28.08.2023:

Sofern im Zuge des o. g. Vorhabens Baumaßnahmen erfolgen, verweisen wir für Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den NIBIS Kartenserver. Die Hinweise zum Baugrund bzw. den Baugrundverhältnissen ersetzen keine geotechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht. Geotechnische Baugrunderkundungen/-untersuchungen sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassungen erfolgen.

Konkrete Baugrunduntersuchungen bleiben der nachfolgenden Realisierungsphase vorbehalten. Ein besonderer Regelungsbedarf besteht daher im Rahmen der vorliegenden FNP-Änderung nicht.

Die weiteren Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir keine weiteren Hinweise oder Anregungen.

Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte gegenüber den raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vorausschauend berücksichtigen zu können. Die

Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes erstellt. Die verfügbare Datengrundlage ist weder als parzellenscharf zu interpretieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellungnahme ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder objektbezogene Untersuchungen.

Polizeiinspektion Osnabrück, Sachgebiet Verkehr vom 26.07.2023:

Grundsätzlich bestehen aus verkehrspolizeilicher Sicht keine Bedenken.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Ich möchte jedoch noch folgende Hinweise geben:

- Wie aus dem Bebauungsplan Nr. 60 „Walsumer Straße“ zu erkennen ist, ist eine Erschließung durch die Planstraßen A und B geplant. Hier ist allerdings zu beachten, dass wenn es dort zu einem größeren Schadensfall kommen sollte und die Straßen durch Einsatzfahrzeuge (Polizei / Feuerwehr / Rettungsdienst) versperrt sein sollten, ist für die Anwohner eine Flucht über die versperrten Straßen nicht mehr möglich. Sinnvoll wäre der Anschluss der Planstraße B an das vorhandene Straßennetz.
- Es sollten im Gebiet ausreichend Parkplätze zur Verfügung stehen, so dass kein Parkdruck entstehen kann.
- Zudem ist nicht zu erkennen, wie die verkehrliche Ausgestaltung vorgesehen ist (50 km/h erlaubt?)
- Interessant wäre auch noch, wie die verkehrliche Anbindung an die K 144 geplant ist?

Die Hinweise betreffen die Festsetzungen des parallel aufgestellten B-Plans Nr. 60 der Gemeinde Ankum.

Die Ausführungen der Polizeiinspektion beziehen sich dabei konkret auf die im B-Plan Nr. 60 festgesetzten Verkehrsflächen und wären durch die Gemeinde Ankum abzuwägen.

Ein besonderer Regelungsbedarf ergibt sich diesbezüglich für die vorliegende FNP-Änderung nicht.

Industrie- und Handelskammer Osnabrück - Emsland - Grafschaft Bentheim vom 04.09.2023:

Die Industrie- und Handelskammer Osnabrück - Emsland - Grafschaft Bentheim trägt bezüglich der o. g. Planung (Ausweisung von gemischten Bauflächen) keine grundsätzlichen Bedenken vor.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Es werden die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Umwandlung von gewerbli-

Die Feststellungen werden zur Kenntnis genommen.

cher Baufläche in gemischte Baufläche, konkret Misch- und Dorfgebiet, geschaffen. Nach dem „Entwicklungskonzept Walsumer Straße“ der Gemeinde Ankum sollen im Plangebiet gewerbliche Nutzungen mit dem Bau eines Wohngebäudes gekoppelt werden. Mit zeichnerischen und textlichen Festsetzungen soll sichergestellt werden, das zukünftig ein Nebeneinander von Wohnen und Gewerbe im Plangebiet und eine für ein Misch- bzw. Dorfgebiet typische geordnete städtebauliche Entwicklung mit einem geeigneten Nutzungsmix entsteht. Das Erreichen eines einvernehmlichen Miteinander hinsichtlich der zu erwartenden Emissionen und der sozialen Verflechtungen kann dadurch gewährleistet werden, so dass etwaige Nutzungskonflikte vermieden werden können.

Grundsätzlich bedauern wir die Umwandlung von gewerblicher Baufläche, sie ist aber vor dem Hintergrund der Zielsetzung der Gemeinde nachzuvollziehen.

Durch die Reduzierung von potentieller, gewerblicher Baufläche sprechen wir uns im Sinne einer weiteren, qualifizierten Gewerbe- und Industrieentwicklung dafür aus, geeignete Flächen im Gemeindegebiet zu identifizieren, um diese für Erweiterungs- bzw. Ansiedlungsvorhaben von Gewerbe-/Industriebetrieben planungsrechtlich zu sichern.

In dem Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes werden mögliche Nutzungskonflikte zwischen schutzbedürftigen Nutzungen und Gewerbe-/Industrienutzung durch Schallemissionen betrachtet. Zur Bewältigung von eventuellen Konflikten im Bereich des Immissionsschutzes durch angrenzende schutzbedürftige Nutzungen müssen geeignete Maßnahmen und Festsetzungen getroffen werden, die diese Nutzungskonflikte gar nicht erst entstehen lassen. Gewerbe- und Indust-

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Nach Auffassung der Samtgemeinde hat jede Gemeinde einen Anspruch auf Eigenentwicklung. Dazu gehören insbesondere auch Bauflächenausweisungen, durch die

- den wachsenden Ansprüchen der ortsverbundenen Bevölkerung sowohl an zeitgemäße Wohnverhältnisse, als auch an die örtliche Versorgung mit öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie
- den Erfordernissen der örtlichen gewerblichen Wirtschaft Rechnung getragen wird.

In diesem Sinne ist die Samtgemeinde Bersenbrück mit ihren Mitgliedsgemeinden grundsätzlich bestrebt auch ein angemessenes Angebot an gewerblichen Bauflächen im FNP darstellen und für Gewerbetreibende bereitstellen zu können.

Im Rahmen der vorliegenden FNP-Änderung werden gemischte Bauflächen dargestellt. Diese grenzen tlw. direkt an gewerbliche Bauflächen.

Durch die bestehende Gewerbenutzung westlich des Änderungsbereiches (B-Plan Nr. 49 der Gemeinde Ankum) ist mit Gewerbelärm zu rechnen. Zur Bewertung der Auswirkungen durch Gewerbelärm wurde zum parallel aufgestellten B-Plan Nr. 60 der Gemeinde Ankum die Gewerbelärmbelastung

riebetriebe sollten nicht mit Auflagen zum aktiven Schallschutz, Belastungen oder Nutzungseinschränkungen betriebswirtschaftlich belastet werden. Belastungen für die ansässigen Betriebe lehnen wir im Sinne des Bestandsschutzes und der gewerblichen Standortssicherung ab. Die Umsetzung der Planung sollte nur im Einvernehmen mit den betroffenen Unternehmen erfolgen.

ermittelt⁶. Dabei wurden die Berechnung die im B-Plan Nr. 49 festgesetzten flächenbezogenen Schalleistungspegel zugrunde gelegt. Ermittelt wurden die Beurteilungspegel in 4 Immissionsorten des B-Plans Nr. 60.

Die Werte zeigen, dass in den Immissionsorten 2 und 4 die Orientierungswerte für Mischgebiete bei Gewerbelärm (60/45 dB(A) tags/nachts) eingehalten und in den Immissionsorten 1 und 3 geringfügig überschritten werden. Die Überschreitung ist dabei so gering, dass sie für das menschliche Ohr nicht wahrnehmbar und somit zu vernachlässigen ist.

In der Berechnung zum B-Plan Nr. 60 werden die Teilbereiche „Nord“ und „Süd“ der vorliegenden FNP-Änderung nicht berücksichtigt. Jedoch lässt sich aufgrund der für den B-Plan Nr. 60 gewählten Immissionsorte Nr. 1 und 4 sowie der Lage zu den Gewerbebereichen des B-Plans Nr. 49 ableiten, dass auch in den Teilbereichen „Nord“ und „Süd“ keine erheblichen Auswirkungen durch Gewerbelärm zu erwarten sind.

Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanungen zu den Teilbereichen „Nord“ und „Süd“ sind die Auswirkungen durch Gewerbelärm detailliert zu bewerten. In Flächen mit etwaigen Überschreitungen der Orientierungswerte können weniger lärmsensible Nutzungen wie z. B. Stellplätze, Garagen, Lagerflächen etc. platziert werden. Ferner können aktive und passive Lärmschutzmaßnahmen vorgesehen werden, so dass auch künftig ein verträgliches Nebeneinander möglich ist.

Mit besonderen Härten für bestehende Gewerbebetriebe ist dabei nicht zu rechnen. Ein weitergehender Regelungsbedarf ergibt sich diesbezüglich für die vorliegende FNP-Änderung nicht.

Glasfaser Nordwest vom 03.08.2023:

Gerne stellen wir Ihnen Leitungsauskünfte für die von Ihnen geplante Maßnahme zur Verfügung. Um Auskünfte über unsere Bestandsnetze zu beziehen, registrieren Sie sich bitte auf unserem Leitungsauskunftsportal TKI NetMaps unter folgendem Link:

(<https://glnw.netcloud.run/register?worksparcinviteCode=80d02908-438a-45d9-abd3-d2e1ae17d715>)

Es ist eine langjährig bewährte Vorgehensweise, dass die im Bauleitplanverfahren beteiligten Versorgungsträger - insbesondere auch zur Wahrung ihrer eigenen Belange - der planenden Kommune die im Plangebiet bestehenden bzw. die angrenzenden Versorgungseinrichtungen durch entsprechende Planunterlagen mit den darin verzeichneten relevanten Versorgungseinrichtungen mitteilen. Dies dient insbesondere auch dem

⁶ Boner + Partner: „Ermittlung der Gewerbelärmbelastung im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 60 ‚Walsumer Straße‘ der Gemeinde Ankum“, Anlage 3 der Begründung zum B-Plan Nr. 60 der Gemeinde Ankum, Oldenburg, März 2022

<https://gfw.netcloud.run/register?workspaceInviteCode=80d02908-438a-45d9-abd3-d2e1ae17d715> smart-link)

Schutz bestehender Versorgungseinrichtungen.

Unter der vom Eingebener mitgeteilten Internetseite werden hauptsächlich Bauherren oder bauausführende Firmen angesprochen, die sich für das jeweilige Grundstück eine Planauskunft einholen können.

Im Rahmen der Bauleitplanung geht es jedoch i.d.R. um größere zusammenhängende neue Baugebiete und nicht um baureife Einzelgrundstücke.

Falls eine entsprechende Planauskunft für ein neues Baugebiet so überhaupt möglich sein sollte, wäre der Rechercheaufwand im Internet voraussichtlich unverhältnismäßig hoch. Ferner ginge die Verantwortung für die vollständige Erfassung der relevanten Versorgungsleitungen und deren korrekte Lage auf die planende Kommune über.

Daher wird auf § 4 Abs. 2 BauGB verwiesen:

„(...)

In den Stellungnahmen sollen sich die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange auf ihren Aufgabenbereich beschränken; sie haben auch Aufschluss über von ihnen beabsichtigte oder bereits eingeleitete Planungen und sonstige Maßnahmen sowie deren zeitliche Abwicklung zu geben, die für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung des Gebietes bedeutsam sein können. Verfüggen sie über Informationen, die für die Ermittlung und Bewertung des Abwägungsmaterials zweckdienlich sind, haben sie diese Informationen der Gemeinde zur Verfügung zu stellen.“

Dementsprechend wird die Glasfaser Nordwest darum gebeten, ihre von der Planung betroffenen Versorgungseinrichtungen unmissverständlich in Text und Karte mitzuteilen.

Davon abgesehen: Vorhandene Versorgungseinrichtungen sollen grundsätzlich mit der erforderlichen Sorgfalt und Vorsicht behandelt werden, damit Schäden und Unfälle vermieden werden können.

Im Bedarfsfall soll der jeweilige Versorgungsträger um Anzeige der erdverlegten Versorgungseinrichtungen in der Örtlichkeit gebeten werden.

Die weiteren Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Deutsche Telekom Technik GmbH, Osnabrück vom 30.08.2023:

Die Telekom hat bezüglich der o. g. Bauleitplanung derzeit weder Anregungen noch Bedenken.

Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der vorhandenen Telekommunikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z.B. im Falle von Störungen) der ungehinderte Zugang zu den Telekommunikationslinien jederzeit möglich ist. Insbesondere müssen Abdeckungen von Abzweigungskästen und Kabelschächten sowie oberirdische Gehäuse soweit frei gehalten werden, dass sie gefahrlos geöffnet und ggf. mit Kabelziehfahrzeugen angefahren werden können. Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Bauausführenden vor Beginn der Arbeiten über die Lage der zum Zeitpunkt der Bauausführung vorhandenen Telekommunikationslinien der Telekom informieren. Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Vorhandene Versorgungseinrichtungen sollen grundsätzlich mit der erforderlichen Sorgfalt und Vorsicht behandelt werden, damit Schäden und Unfälle vermieden werden können. Im Bedarfsfall soll der jeweilige Versorgungsträger um Anzeige der erdverlegten Versorgungseinrichtungen in der Örtlichkeit gebeten werden.

EWE NETZ GmbH, Oldenburg vom 03.08.2023:

Im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet befinden sich Versorgungsleitungen und/oder Anlagen der EWE NETZ GmbH.

Diese Leitungen und Anlagen sind in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) grundsätzlich zu erhalten und dürfen weder beschädigt, überbaut, überplant oder anderweitig gefährdet werden. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Leitungen und Anlagen durch Ihr Vorhaben weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden.

Sollte sich durch Ihr Vorhaben die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, sollen dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der Technik gelten. Gleiches gilt auch für die gegebenenfalls notwendige Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen und Anlagen durch EWE NETZ. Bitte planen Sie in diesem Fall

Vorhandene Versorgungseinrichtungen sollen grundsätzlich mit der erforderlichen Sorgfalt und Vorsicht behandelt werden, damit Schäden und Unfälle vermieden werden können. Im Bedarfsfall soll der jeweilige Versorgungsträger um Anzeige der erdverlegten Versorgungseinrichtungen in der Örtlichkeit gebeten werden.

Die ordnungsgemäße Ver- und Entsorgung sowie die verkehrliche Erschließung des Plangebietes ist grundsätzlich im Bebauungsplan sicherzustellen. Dies ist nach Erkenntnis der Samtgemeinde im parallel aufgestellten B-Plan Nr. 60 der Gemeinde Ankum erfolgt.

Die konkrete technische Umsetzung von Erschließungsmaßnahmen sowie der angemessener Schutz bestehender Versorgungseinrichtungen im Zuge von Erschließungs-

Versorgungstreifen bzw. -korridore für Telekommunikationslinien, Elektrizitäts- und Gasversorgungsleitungen gemäß DIN 1998 (von min. 2,2 m) mit ein. Weiterhin kann für die Stromversorgung von Baugebieten o. Ä. zusätzlich die Installation einer Trafostation erforderlich sein. Für die Auswahl eines geeigneten Stationsplatzes (ca. 6 m x 4 m) möchten wir Sie bitten, uns in weitere Planungen frühzeitig mit einzubinden.

Bitte informieren Sie uns zudem, wenn ein wärmetechnisches Versorgungskonzept umgesetzt wird oder im Schwerpunkt auf den Einsatz von fossilen Brennstoffen (z. B. durch Einsatz von Wärmepumpen o. a.) verzichtet werden soll.

Die Kosten der Anpassungen bzw. der Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.

Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.

Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen. Dies gilt auch für den Fall der Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen durch EWE NETZ, denn hierfür sind beispielsweise Lage und Nutzung der Versorgungsleitung und die sich daraus ableitenden wirtschaftlichen Bedingungen wesentliche Faktoren.

WESTNETZ Regionalzentrum Osnabrück vom 27.07.2023:

Gegen diese Verwirklichung bestehen unsererseits keine Bedenken, wenn nachfolgende Anmerkungen Beachtung finden.

Bei der Durchsicht der Unterlagen haben wir u. a. festgestellt, das wir im Verfahrensbe- reich Elektro- und Erdgasversorgungseinrich-

maßnahmen sind der den Bauleitplanverfahren nachfolgenden Erschließungsplanung vorbehalten. Hierzu besteht im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung kein besonderer Regelungsbedarf. Denn bei der Planung und Umsetzung von Erschließungsmaßnahmen sind die gesetzlichen Vorgaben und die allgemein anerkannten Regeln der Technik grundsätzlich zu beachten.

In diesem Zusammenhang wird auch auf § 14 Abs. 2 BauNVO verwiesen, wonach die der Versorgung der Baugebiete mit Elektrizität, Gas, Wärme und Wasser etc. dienenden Nebenanlagen grundsätzlich als Ausnahme zugelassen werden können.

Die EWE Netz GmbH soll rechtzeitig zusammen mit den anderen Versorgungsträgern zur Gewährleistung einer sicheren und wirtschaftlichen Erschließung des Plangebietes benachrichtigt werden.

Die weiteren Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

tungen unterhalten. Den Verlauf der o. g. Versorgungseinrichtungen können Sie den beigefügten Planunterlagen entnehmen.

Der Anschluss an das Erdgasversorgungsnetz ist möglich.

Im Plangebiet verlaufen zahlreiche Versorgungseinrichtungen, die der örtlichen Versorgung mit elektrischer Energie sowie Erdgas dienen.

Es verläuft unter anderem die Transformatorstation „ST-00127“ in der Verfahrensfläche.

Wir weisen darauf hin, dass Teile der Versorgungseinrichtungen nach jetzigem Stand auch zukünftig für die Sicherstellung der Energieversorgung erforderlich sind. Über ggf. erforderliche Umbau- bzw. Sicherungsmaßnahmen kann in diesem Verfahrensstadium noch nicht entschieden werden.

Änderungen und Erweiterungen der Versorgungseinrichtungen behalten wir uns unter Hinweis auf die §§ 13, 30, 31 und 32 BauGB vor.

Unterhaltungsverband UHV 97 Mittlere Hase, Bersenbrück vom 15.08.2023:

Grundsätzlich hat der UHV 97 keine Bedenken gegen die Planungen.

Der Landkreis Osnabrück / UWB hat in der jüngeren Vergangenheit die Bemessungsjährlichkeit für RHB auf min. 10-jährlich hochgesetzt. Dies ist fachlich begründet.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Vorhandene Versorgungseinrichtungen sollen grundsätzlich mit der erforderlichen Sorgfalt und Vorsicht behandelt werden, damit Schäden und Unfälle vermieden werden können. Im Bedarfsfall soll der jeweilige Versorgungsträger um Anzeige der erdverlegten Versorgungseinrichtungen in der Örtlichkeit gebeten werden.

Die weiteren Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Im Rahmen der Behördenbeteiligung (§ 4 Abs. 2 BauGB) zur vorliegenden FNP-Änderung wurde seitens der Unteren Wasserbehörde mitgeteilt, dass für die Bemessung des Oberflächenwasserabflusses neue Berechnungsgrundlagen gelten. Anzuwenden sind nun die aktuellen KOSTRA-Daten und es ist u.a. grundsätzlich ein 10-jährliches Regenereignis zugrunde zu legen. Die Anregungen der Unteren Wasserbehörde wurden aufgegriffen und das Ingenieurbüro Westerhaus wurde darum gebeten, die bisherigen Berechnungen der Wassertechnischen Voruntersuchung entsprechend der heute geltenden Anforderungen zu aktualisieren. Die Ergebnisse dieser aktualisierten Berechnungen wurden in einem Kurzbericht⁷ dargelegt. Die Ergebnisse der Neuberechnung zeigen, dass auch weiterhin eine schadlose Ableitung

⁷ Ing.-Büro Westerhaus: „Hydraulischer Nachweis, Regenrückhaltung gem. DWA-A 117 (einfaches Verfahren), Projekt: B-Plan Nr. 60 ,Wehberger Str.', 15.09.2023

des Oberflächenwassers innerhalb des Änderungsbereichs möglich ist, ohne z. B. in den Schutzbereich der geplanten erdverlegten 380-kV-Höchstspannungsleitung eingreifen zu müssen. Der Kurzbericht zur Aktualisierung der bisherigen Wassertechnischen Voruntersuchung zum B-Plan Nr. 60 wird Anlage des Umweltberichts zur vorliegenden FNP-Änderung.

Wasserverband Bersenbrück vom 10.08.2023:

Der Wasserverband Bersenbrück ist im Bereich der Gemeinde Ankum für die öffentliche Trinkwasserversorgung und die Abwasserentsorgung zuständig.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Bereits mit Schreiben vom 06.05.2021 hat der Wasserverband zum Entwurf des o. g. Flächennutzungsplanes Stellung genommen. Diese Stellungnahme bleibt weiterhin voll aufrechterhalten. Ergänzend zu der v. g. Stellungnahme nimmt der Wasserverband wie folgt Stellung:

Die Stellungnahme vom 06.05.2021 wird nachfolgend aufgeführt und abgewägt.

Die Schmutzwasserentsorgung und die Oberflächenentwässerung kann gem. 4.6 der Begründung des Flächennutzungsplanes sowie der Wassertechnischen Voruntersuchung erfolgen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Ich bitte Sie, meine Abteilungen „Technik Wasser“ (Herrn Hörnschemeyer, Tel. 05439 9406-56) und „Technik Abwasser“ (Herrn Lohbeck, Tel. 05439 9406-57) unbedingt am weiteren Verfahren zu beteiligen.

Die Versorgungsträger sollen rechtzeitig zur Gewährleistung einer wirtschaftlichen und sicheren Erschließung des Plangebietes beteiligt werden. Hierbei sollen auch die Anforderungen des Wasserverbandes angemessen berücksichtigt werden.

Seitens des Wasserverbandes bestehen gegen die Planung, unter Beachtung der Hinweise und Anregungen aus der vorangegangenen Stellungnahme, keine Bedenken gegen die vorliegende Planung. Ich bitte Sie, nach Inkrafttreten des Flächennutzungsplanes, mir eine Ausfertigung des rechtsverbindlichen Planes für meine Unterlagen unter Hinweis auf die Verwaltungsvorschriften zum Gesetzbuch zur Verfügung zu stellen.

Die weiteren Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Grundsätzliche Bedenken werden seitens des Eingebers nicht vorgebracht.

Stellungnahme Wasserverband Bersenbrück vom 06.05.2021:

Der Wasserverband ist im Bereich der Gemeinde Ankum für die öffentliche Trinkwas-

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

serversorgung und die Abwasserbeseitigung zuständig.

In Bezug auf die **Wasserversorgung** nimmt der Wasserverband wie folgt Stellung:

Das gesamte Plangebiet kann bei Planverwirklichung an die öffentliche Trinkwasserversorgung des Wasserverbandes angeschlossen und ausreichend mit Trinkwasser versorgt werden.

Sollten weitere Planstraßen erforderlich werden, müssen die notwendigen Wasserversorgungsleitungen im öffentlichen Verkehrsraum der Gemeindestraßen und -wege verlegt werden. Dieses sollte unbedingt vor Verlegung von Kabeln und Gasleitungen erfolgen, da diese eine flachere Lage haben.

Die Anordnung notwendiger Hydranten sollte bereits vorab mit dem Ortsbrandmeister abgeklärt werden, vorausgesetzt, die Kosten werden durch den Träger des Feuerschutzes übernommen. Sollten erhöhte Anforderungen an den Brandschutz gestellt und größere Rohrquerschnitte erforderlich werden, sind anfallende Erschließungskosten auch für die Wasserversorgungsleitungen zu übernehmen.

In Bezug auf die **Abwasserentsorgung** nimmt der Wasserverband wie folgt Stellung: Die Schmutzwasserentsorgung kann über die vorhandenen Kanäle westlich und nördlich vom Plangebiet, eventuell als Druckentwässerung, erfolgen. Die Regenwasserentsorgung in dem ausgewiesenen Gebiet kann über das geplante Regenrückhaltebecken erfolgen.

Ich bitte Sie, meine Abteilungen „Technik Wasser“ (Herrn Hörnschemeyer, Tel.05439/9406-56) „Technik Abwasser“ (Herrn Lohbeck, Tel. 05439/9406-57) unbedingt am weiteren Verfahren zu beteiligen.

Seitens des Wasserverbandes bestehen, unter Beachtung der v. g. Hinweise, keine Bedenken gegen die vorliegende Planung. In der Anlage erhalten Sie Bestandspläne der im Umfeld des Plangebietes vorhandenen Trinkwasser- sowie Abwasserleitungen zur Kenntnisnahme und mit der Bitte um Beachtung bei der weiteren Planung und Plandur-

Die Feststellung wird zur Kenntnis genommen.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die konkrete technische Umsetzung von Erschließungsmaßnahmen sowie der angemessener Schutz von Versorgungseinrichtungen bleibt der den Bauleitplanverfahren nachfolgenden Erschließungsplanung vorbehalten ist. Dabei sind grundsätzlich die gesetzlichen Vorgaben und die allgemein anerkannten Regeln der Technik zu beachten.

Der ordnungsgemäße öffentliche Brandschutz wird durch die Samtgemeinde Bersenbrück als Trägerin des Brandschutzes gewährleistet. Die erforderlichen Maßnahmen und Ausstattungen erfolgen gemäß der entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen und der fachtechnischen Regelwerke. Die weiteren Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Die Versorgungsträger sollen rechtzeitig zur Gewährleistung einer wirtschaftlichen und sicheren Erschließung des Plangebietes beteiligt werden. Hierbei sollen auch die Anforderungen des Wasserverbandes angemessen berücksichtigt werden.

Die weiteren Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Grundsätzliche Bedenken werden seitens des Eingebers nicht vorgebracht.